

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Parteien
Schlagworte	Liberale Parteien
Akteure	Liberale Partei der Schweiz (LPS)
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1989 - 01.01.2019

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Beer, Urs
Bernath, Magdalena
Brändli, Daniel
Bühlmann, Marc
Hohl, Sabine
Müller, Eva
Rinderknecht, Matthias
Schoenholtz, Stephan

Bevorzugte Zitierweise

Beer, Urs; Bernath, Magdalena; Brändli, Daniel; Bühlmann, Marc; Hohl, Sabine; Müller, Eva; Rinderknecht, Matthias; Schoenholtz, Stephan 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Parteien, Liberale Parteien, Liberale Partei der Schweiz (LPS), 1990 – 2013*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Parteien	1
Liberales Parteien	1

Abkürzungsverzeichnis

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
EU	Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
NEAT	Neue Eisenbahn-Alpentransversale
LSVA	Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe
EG	Europäische Gemeinschaft
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade

AVS	Assurance-vieillesse et survivants
UE	Union européenne
EEE	l'Espace économique européen
NLFA	Nouvelle ligne ferroviaire à traverser les Alpes
RPLP	Redevance sur le trafic des poids lourds liée aux prestations
CE	Communauté européenne
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Parteien

Liberale Parteien

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 03.09.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Wie die drei bürgerlichen Bundesratsparteien hat auch die LP zu **sämtlichen** zur Abstimmung gelangenden **Volksinitiativen** (freie Aarelandschaft zwischen Biel und Solothurn/Zuchwil, autobahnfreies Knonauer Amt, autobahnfreie Landschaft zwischen Murten und Yverdon, Ausstieg aus der Atomenergie, Moratorium und «Stopp dem Beton») die **Nein-Parole** ausgegeben. **Abgelehnt** hat sie aber auch den Verfassungsartikel zur **Energiepolitik**. Zustimmung fanden hingegen der Rebaubeschluss, die Neuorganisation der Bundesrechtspflege und die Revision des Strassenverkehrsgesetzes.¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.09.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am Parteitag in Neuenburg plädierten die Liberalen für eine Neuordnung im Krankenkassenwesen. Sie forderten eine **Liberalisierung** in der Krankenversicherung – Privatversicherer müssten zu den gleichen Bedingungen arbeiten können wie die Krankenkassen – **und eine volle Freizügigkeit beim Wechsel** von einem Versicherer zum anderen. Um negativen Auswirkungen zu steuern, sollten andererseits ein **Krankenkassenobligatorium und eine Mutterschaftsversicherung** eingeführt werden.²

WAHLEN
DATUM: 11.11.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei **kantonalen Wahlen trat die LP im Berichtsjahr nur in der Waadt an und verlor dabei drei Sitze.**

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 21.11.1990
MATTHIAS RINDERKNECHT

Wie die SVP befasste sich auch die LP mit der zukünftigen Landwirtschaftspolitik. Während diese beiden Parteien in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen in der Regel die gleichen Ansichten vertreten, bestehen in diesem Bereich namhafte Gegensätze. Der im Berichtsjahr von der Agrarkommission der LP vorgestellte Bericht «Schweizerische Landwirtschaft im Blickfeld 1992» **fordert eine grundsätzliche Liberalisierung** der schweizerischen Landwirtschaftspolitik. Zur Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen, wie sie von einem zukünftigen GATT-Abkommen und dem europäischen Binnenmarkt gesetzt werden, müssten die **Subventionen und Direktzahlungen** des Bundes auf ein **Minimum reduziert werden**. Dabei sei auch eine massive Reduktion der Anzahl der kleinen Landwirtschaftsbetriebe in Kauf zu nehmen.³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 25.03.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die Delegiertenversammlung der LP empfahl die **Barras-Reform** mit 31 zu 30 Stimmen nur ganz knapp zur **Annahme**. Für das **Stimm- und Wahlrechtsalter** gab sie ebenfalls die **Ja-Parole** heraus, hingegen lehnte sie die Bundesfinanzreform und die Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs klar ab.⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.05.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Am Kongress in Basel, welcher dem Thema «Die Identität der Schweiz im Europa von morgen» gewidmet war, äusserte sich eine Mehrheit für die **Vorbereitung eines EG-Beitrittgesuchs**. Sowohl welsche als auch deutschschweizerische Vertreter äusserten sich dahingehend, dass eine Integrationspolitik auch unter Wahrung des föderalistischen Gedankenguts als typisch eidgenössisches Identitätsmerkmal möglich sein sollte. Die Partei hielt im weiteren auch an der sicherheitspolitischen Maxime der bewaffneten Neutralität fest.⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 01.10.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Im Legislaturprogramm äusserte sich die LP auch zugunsten einer **raschen Parlamentsreform**, für die **Anhebung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre** und für die **Förderung des Wohneigentums**. Im Bereich der Verkehrs- und Umweltpolitik forderte Nationalrat und Transportunternehmer Friderici (VD) die rasche Fertigstellung des Autobahnnetzes sowie die Erhöhung der Gewichtslimite von 28 auf 40 Tonnen für Lastwagen. Die Probleme im Asylbereich könnten gemäss den Liberalen durch eine Kontingentierung der Asylbewerber gelindert werden. Auch die Zauberformel wurde in Frage gestellt; gemäss den Liberalen sollten die Sozialdemokraten aus der Regierung austreten, um der Exekutive mehr Effizienz zu verleihen.⁶

WAHLEN
DATUM: 20.10.1991
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Wahlen setzte sich die LP vor allem für die **Erhaltung ihrer drei Sitze** im Ständerat (VD, NE, GE) ein, was ihr auch **glückte**. Bei den Wahlen in den Nationalrat erhöhte sie ihren **Wähleranteil von 2,7 auf 3%** und eroberte in der Waadt einen **zusätzlichen Sitz**.

WAHLEN
DATUM: 19.01.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den **kantonalen Wahlen in Basel-Stadt**, den einzigen, zu denen sie angetreten war, konnte die LP **zwei Sitzgewinne verzeichnen** und ihren Wähleranteil leicht verbessern.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 04.05.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Bei den eidgenössischen Abstimmungen war einzig der Verfassungsartikel zur **Einführung eines zivilen Ersatzdienstes** sehr umstritten; eine **knappe Mehrheit lehnte** ihn ab.⁷

INTERPELLATION / ANFRAGE
DATUM: 01.06.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

In einer Interpellation verlangte die LP-Fraktion nähere Auskunft über die Durchführungsbestimmungen des Pilotversuchs zur kontrollierten Heroinabgabe an Drogenabhängige und **gab damit ihren grundsätzlichen Bedenken gegenüber der bundesrätlichen Drogenpolitik Ausdruck**.⁸

MOTION
DATUM: 16.09.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Erneut forderte die Liberale Partei die **Abschaffung der direkten Bundessteuer** und unterstützte hierzu die vom Gewerbeverband und dem Redressement National lancierte Volksinitiative. Gemeinsam mit den drei bürgerlichen Bundesratsparteien reichte sie im Parlament Motionen für eine Revitalisierung des Wirtschaftsstandortes Schweiz ein.⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 23.11.1992
MATTHIAS RINDERKNECHT

Nationalrätin Sandoz (VD), prominente welsche EWR-Gegnerin, vermochte nur wenige Delegierte von einem Nein zum EWR zu überzeugend der **Delegiertenkongress unterstützte denn auch mit 93 zu 7 Stimmen den Beitritt zum EWR**.¹⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 19.02.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Der ehemalige Neuenburger Regierungs- und Nationalrat **François Jeanneret** übernahm die Nachfolge von Claude Bonnard als **neuer Parteipräsident**.¹¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 27.09.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Die LP hat nach der EWR-Ablehnung die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU gefordert, **um der politischen und wirtschaftlichen Isolation in Europa zu entgehen**. Ihr Ziel ist es, den Beitritt der Schweiz **bis zum Jahr 2000** zu realisieren.¹²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 08.11.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

Zu den eidgenössischen Abstimmungen gab die LP **mit Ausnahme von drei Vorlagen dieselben Parolen wie die FDP heraus**. Die Ausnahmen betrafen die SD-Initiative für einen **arbeitsfreien Bundesfeiertag**, den **Mehrwertsteuersatz von 6,5%** und die Möglichkeit, diesen **Steuersatz zugunsten der AHV um 1 %** zu erhöhen, welche sie allesamt ablehnte. Der Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen und die rasche Fertigstellung des Nationalstrassennetzes – insbesondere in der Romandie – überzeugten die Delegierten von der Ja-Parole für die die Treibstoffzollerhöhung, welche mit 67 zu 35 Stimmen gefasst wurde.¹³

WAHLEN
DATUM: 14.11.1993
MATTHIAS RINDERKNECHT

In ihren Hochburgen Genf und Neuenburg sowie im Wallis konnte die LP bei **kantonalen Wahlen** insgesamt **elf Sitze gewinnen** und überall ihre Wähleranteile verbessern. In der Genfer Kantonsregierung konnte sie sogar einen **dritten Sitz hinzugewinnen** und mit Martine Brunschwig Graf auch die erste Frau in der Genfer Exekutive stellen.

WAHLEN
DATUM: 06.03.1994
EVA MÜLLER

Bei den kantonalen Wahlen trat die LP nur gerade im **Kanton Waadt an und verlor dort einen Parlamentssitz.**

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 03.10.1994
EVA MÜLLER

An ihrem Parteitag formulierte die Liberale Partei Antworten auf die derzeitige Wirtschaftskrise und das postindustrielle Zeitalter. Neben einer grundlegenden **Dereglementierung, Steuerbegünstigungen** von Unternehmen und dem Beitritt zum **Gatt-Abkommen** forderte die Partei vor allem mehr **Mobilität** und eine **Verbesserung des Ausbildungsstandes**, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Einen Ausbau des sozialen Netzes lehnte sie ab.¹⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 02.12.1994
EVA MÜLLER

Der **Genfer Nationalrat Jean-Michel Gros** wurde zum neuen **Fraktionspräsident** gewählt. Er ersetzt Jean-François Leuba (VD), der zum Vize-Präsident des Nationalrates ernannt wurde.¹⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 03.12.1994
EVA MÜLLER

Bei den eidgenössischen Abstimmungen lehnte die LP, im Gegensatz zur FDP, **zwei der drei Verkehrsabgabe-Vorlagen ab** (bei der Vignette beschloss sie Stimmfreigabe) und sie stimmte wie die SVP **gegen den Kulturförderungsartikel**. Dem Antirassismus-Gesetz stimmte die LP Schweiz, nicht aber die waadtländische Kantonalpartei zu.¹⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 28.08.1995
EVA MÜLLER

Im Wahljahr 95 unterstrichen die Liberalen den europa- und wirtschaftspolitischen Offensivgeist der Partei und wiederholten ihre Forderungen nach **Revitalisierung und Deregulierung**. Unter anderem sprachen sie sich für die **Aufhebung der direkten Bundessteuer und für eine Reform des Föderalismus** aus. EU-Beitrittsverhandlungen forderte die LP noch für die Ende Jahr begonnene Legislaturperiode.¹⁷

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 13.10.1995
EVA MÜLLER

Die Liberalen kritisierten die Uneinigkeit unter den Bundesratsparteien und **drohten, die Zauberformel nicht mehr zu unterstützen**. Für die nächste Legislatur verlangten sie von den vier Parteien, dass sie vor der Gesamterneuerung des Bundesrates im Dezember eine **Vereinbarung über die Legislaturziele** ausarbeiten und veröffentlichen, wobei zumindest zu wichtigen Themen, darunter die europäische Integration, ein gemeinsamer Nenner vorliegen müsse. In die Landesregierung wählen wollten die Liberalen danach nur noch Personen, die das Koalitionsprogramm vorbehaltlos unterstützen.¹⁸

WAHLEN
DATUM: 22.10.1995
EVA MÜLLER

Nach jahrelangem Aufschwung mussten die Liberalen bei den eidgenössischen Wahlen eine **Niederlage hinnehmen**. Sie verloren in der **Romandie drei Nationalratssitze und einen Ständeratssitz**, wurden aber dank den hohen Sitzverlusten der Grünen doch stärkste Nichtregierungspartei im Parlament. In der Stadt Lausanne verlor die LP einen Exekutivsitze. Ein Grund für die Wählerverluste dürfte im Imageverlust der Partei durch die Verwicklung in Bau- und Bankenskandale im Kanton Waadt liegen. Der Versuch, anlässlich der eidgenössischen Wahlen in die Kantone Zürich und Bern zu expandieren, blieb erfolglos. Verwunderung löste in der Romandie nach den Wahlen die Tatsache aus, dass die Liberalen die Idee prüften, mit der **europafeindlichen Freiheits-Partei eine Fraktion** einzugehen.¹⁹

MOTION
DATUM: 13.03.1996
EVA MÜLLER

Die Fraktion der Liberalen **bezweifelte die Notwendigkeit der Neat** und reichte im Herbst eine Motion ein, welche die Neat-Bundesbeschlüsse **rückgängig machen will**. Falls es trotzdem zum Bau kommt, tritt sie für nur einen Alpendurchstich, den Lötschberg, ein.²⁰

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.06.1996
EVA MÜLLER

Nach dem letztjährigen unbefriedigenden Abschneiden bei den eidgenössischen Wahlen setzte die Liberale Partei eine von der Genfer Grossrätin Barbara Polla präsidierte **permanente «groupe de réflexion»** ein, die als **Ferment für neue liberale Ideen** dienen soll. Dabei sollen nichtökonomische Fragestellungen künftig wieder mehr Beachtung finden. Weiter will die Partei ihre traditionell **schwachen zentralen Strukturen verstärken** und der politischen Arbeit des Zentralvorstandes mehr Gewicht beimessen.²¹

WAHLEN
DATUM: 03.11.1996
EVA MÜLLER

In Basel-Stadt, dem einzigen Kanton, in dem die Liberalen im Berichtsjahr zu den **kantonalen Wahlen** antraten, **verloren sie drei Parlamentssitze**. Ihr einziges Deutschschweizer Exekutivmandat konnten sie mit Ueli Vischer jedoch halten.

PARTEICHRONIK
DATUM: 26.04.1997
EVA MÜLLER

François Jeanneret (NE) trat als Präsident der Liberalen Partei zurück. Zu seinem **Nachfolger wählte die Partei den Genfer Nationalrat Jacques-Simon Eggly**. Eggly setzt sich für den Beitritt der Schweiz zur EU ein, innenpolitisch vertritt er einen streng föderalistischen Kurs. Zu Vizepräsidenten für die Amtszeit 1997–2001 wurde für die Deutschschweiz Elisabeth Simonius (BS) und für die Westschweiz Staatsrat Claude Ruey (VD) gewählt.²²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 28.04.1997
EVA MÜLLER

Eine im letzten Jahr eingesetzte **Arbeitsgruppe «Logos»**, die Vorschläge zur künftigen liberalen Politik erarbeiten soll, befasste sich in einer ersten Phase mit dem Thema Jugend und verschiedenen Massnahmen im Bildungsbereich. Unter anderem schlug sie die **Einführung des Prinzips des Ausbildungsbonus** vor, das Schülerinnen und Schülern den Zugang zu Privatschulen erleichtern soll. Vom Wettbewerb zwischen privaten und staatlichen Bildungsanstalten erhofft sie sich eine Effizienzsteigerung im Bildungsbereich.²³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 11.09.1997
EVA MÜLLER

Mit 48 zu 35 Stimmen sprach sich die Liberale Partei für die Volksinitiative «Jugend ohne Drogen» und damit für einen **restriktiven Drogenkurs** aus. Die Kantonalparteien Basel, Genf und Neuenburg unterlagen damit insbesondere den Waadtländer Vertretern.²⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 26.09.1997
EVA MÜLLER

Um die bilateralen Verhandlungen zu erleichtern, verlangte die Liberale Fraktion eine Änderung des Verfassungsartikels über den Alpenschutz (Alpeninitiative), **die diesen abschwächen soll**.²⁵

WAHLEN
DATUM: 16.11.1997
EVA MÜLLER

Bei den **kantonalen Wahlen** konnten die Liberalen ihre Sitze in Neuenburg und im Wallis verteidigen, verloren aber **in Genf vier Parlamentssitze**. Ausserdem mussten sie nach einer turbulenten Kandidaten-Ausmarchung gleich zwei ihrer bisher drei Genfer Regierungssitze abgeben.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 19.01.1998
URS BEER

Mit ihrem frühzeitigen und einstimmig gefällten Nein zur Gen-Schutz-Initiative signalisierte die Liberale Partei der Schweiz, dass sie sich im Abstimmungskampf an **vorderster Front gegen das als wissenschafts- und wirtschaftsfeindlich kritisierte Volksbegehren** einsetzen wollte.²⁶

WAHLEN
DATUM: 15.03.1998
URS BEER

Bei den kantonalen Wahlen verloren die Liberalen im Kanton Waadt **6 ihrer 41 Mandate**, was auch damit zu erklären ist, dass das waadtländische Parlament von 200 auf 180 Sitze reduziert wurde. Hingegen gewannen sie in den **Staatsratswahlen einen zweiten Sitz hinzu**.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 26.10.1998
URS BEER

An einer Delegiertenversammlung vom 29. August in Genf fasste die Partei nach einer langen und engagierten Debatte knapp mit 38 zu 32 Stimmen die **Nein-Parole zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe** (LSVA). Während sich die meisten Vertreter der (wenigen) Deutschschweizer Kantonalparteien für die Vorlage aussprachen, folgte die Mehrheit der welschen Sektionen den Ausführungen des prominenten LSVA-Gegner und Astag-Präsidenten Charles Friderici (VD), der in der Ablehnung der LSVA keine Gefährdung der bilateralen Verträge sah, und die geplante Abgabe als Einführung einer neuen Konsumsteuer brandmarkte. Die Delegierten bekräftigten die bisherige Europa-Politik der Partei und sprachen sich in einer mit nur drei Gegenstimmen verabschiedeten Resolution erneut **für einen möglichst baldigen EU-Beitritt** der Schweiz aus. Zudem gaben sie ihren Unmut über die Langwierigkeit der bilateralen Verhandlungen Ausdruck, beschlossen aber, den Bundesrat in diesem Bereich zu unterstützen. Nach der Annahme der LSVA durch das Volk schwenkte auch die LP auf die bundesrätliche Verkehrspolitik ein und unterstützte den Bundesbeschluss über Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs.²⁷

PARTEICHRONIK

DATUM: 18.04.1999
DANIEL BRÄNDLI

Erstmals hielt die LP, die nur in der Westschweiz und in Basel-Stadt verankert ist, einen Parteitag in Zürich ab. Sie unterstrich damit ihre Absicht, in der Deutschschweiz zu expandieren. Zu den **Zürcher Kantonsratswahlen** trat die LP auch mit einer **eigenen Kantonsratsliste und mit einem Regierungsratskandidaten** an, vermochte aber nicht zu reüssieren.²⁸

WAHLEN

DATUM: 24.10.1999
DANIEL BRÄNDLI

Ende September konnten die Liberalen im Kanton Genf einen Abstimmungserfolg verzeichnen. Per Volksinitiative verlangten sie die **Senkung der Einkommenssteuer** und hatten Erfolg. In den eidgenössischen Wahlen setzten **die Liberalen ihren schleichenden Niedergang fort**. Sie verloren einen Sitz im Nationalrat und ihre beiden letzten Ständeratssitze (Neuenburg und Waadt) nachdem der Genfer Sitz bereits vor vier Jahren an die SP gegangen war.²⁹

PARTEICHRONIK

DATUM: 04.12.1999
DANIEL BRÄNDLI

Im November tagte das Büro der Partei in Neuenburg. Auf dem Programm stand die Analyse der Wahlniederlage vom Oktober. Präsident Jacques-Simon Eggly stellte **sein Amt zur Verfügung**. Das Büro wollte allerdings auf diesen Entscheid **nicht eingehen** und in bestehender Formation weiterarbeiten.

Nach einem Reflexionsseminar im Dezember, an dem sich zahlreiche Parteiexponenten über den Fortbestand und die zukünftige Organisation der Partei berieten, liess der Vorstand verlauten, die **Partei werde in Zukunft stärker mit ihren kantonalen Sektionen** zusammenspannen und auch intensiver mit Regierungsvertretern und Parlamentariern **aus anderen Fraktionen** zusammenarbeiten. Zudem wurde eine Statutenänderung, die eine effizientere Führung ermöglichen soll, in Aussicht gestellt.³⁰

PARTEICHRONIK

DATUM: 02.02.2000
DANIEL BRÄNDLI

An ihrem Parteitag vom April bestätigten die Liberalen **Nationalrat Eggly (GE) als Parteipräsidenten**. Eggly bekräftigte, dass seine Partei mit den verbleibenden sechs Nationalratssitzen **weiterhin als eigenständige Fraktion** operieren werde. Verstärkte inhaltliche Absprachen mit FDP und CVP schloss er aber nicht aus. Als Nachfolger für die bisherige Vizepräsidentin Elisabeth Simonis (BS) wurde der Basler Nationalrat Christoph Eymann gewählt.³¹

PARTEICHRONIK

DATUM: 02.05.2000
DANIEL BRÄNDLI

Während der Frühjahressession bot die LP SVP-Parlamentariern, die sich mit der Politik ihrer Mutterpartei nicht mehr identifizieren können, eine Zusammenarbeit an. Die Partei erwog gar die **Bildung einer gemeinsamen Fraktion** aus LP und oppositionellen SVP-Mitgliedern. Diese Pläne verliefen allerdings bis zum Jahresende im Sand.³²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.05.2000
DANIEL BRÄNDLI

Zu einem internen Zwist führte im Februar eine **Inserateaktion der kleinen Kantonssektion Zürich**. Obwohl die Mutterpartei die Nein-Parole zur Beschleunigungsinitiative (Behandlungsdauer von Volksinitiativen) gefasst hatte, veröffentlichte die Zürcher Sektion ganzseitige Anzeigen mit dem Titel „eine liberale Lanze für die Beschleunigungsinitiative“.³³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.12.2000
DANIEL BRÄNDLI

Die **Parolen der LP** zu den eidgenössischen Volksabstimmungen im Berichtsjahr deckten sich mit denjenigen der FDP.

WAHLEN
DATUM: 31.12.2000
DANIEL BRÄNDLI

Bei den **kantonalen Wahlen in Basel-Stadt** eroberte die LP mit kräftiger Unterstützung ihrer bürgerlichen Bündnispartner FDP und CVP einen zweiten Regierungssitz und konnte ihre Volksvertretung im Parlament um zwei auf 16 Sitze ausbauen.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.12.2001
MAGDALENA BERNATH

Die Abstimmungsempfehlungen der LP deckten sich mit jenen der FDP, mit einer Ausnahme: Im Februar stimmten die Liberalen der Volksinitiative „**Ja zu Europa**“ überraschend deutlich zu – die beiden Kantonalparteien Genf und Waadt hatten die Initiative zuvor nur mit äusserst knappem Mehr angenommen. Basel-Stadt und Wallis beschlossen hingegen die Nein-Parole. Bereits Ende August beschlossen die Liberalen in Genf die Nein-Parole für die Volksinitiative „für eine Kapitalgewinnsteuer“, die im Dezember zur Abstimmung gelangte. Ausserdem verabschiedeten sie eine Resolution, die das **Bankgeheimnis als Teil der Privatsphäre** erklärte. Mit der Betonung der Bedeutung des Bankgeheimnisses für den Finanzplatz Schweiz wollte die LP Genfer Bankkreise besänftigen, die sich durch das pro-europäische Engagement der Partei vor den Kopf gestossen fühlten und damit gedroht hatten, die finanziellen Beiträge für die Wahlkampagne der LP in der Rhonestadt zu kürzen.³⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.12.2001
MAGDALENA BERNATH

In den **kantonalen Parlamentswahlen** büsste die LP vier Sitze (3 in Neuenburg und 1 im Wallis) ein. Hingegen konnte sie ihre beiden **Exekutivmandate** in Neuenburg verteidigen und in Genf ihre Delegation auf Kosten der FDP gar verdoppeln. In **Lausanne** stellen die Liberalen neu ein Exekutivmitglied.

WAHLEN
DATUM: 16.02.2002
MAGDALENA BERNATH

An der Delegiertenversammlung in Bern beschlossen die Liberalen die Nein-Parole zur Revision der Volksrechte, welche die Einführung der Einheitsinitiative vorsieht und die Ja-Parole zum Dringlichen Bundesbeschluss über die Spalkostenbeiträge; beide Vorlagen gelangen am 9. Februar 2003 zur Abstimmung. Parteipräsident Claude Ruey bekräftigte, dass eine Fusion mit anderen bürgerlichen Parteien für die Liberalen nicht in Frage käme. Doch strebe die LP eine **Regruppierung der rechtsbürgerlichen Mitte** an mit dem Ziel, eine Allianz um ein klares politisches Programm zu bilden.³⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.06.2002
MAGDALENA BERNATH

Im Mai trat der Genfer Nationalrat Jacques-Simon Eggly als **Präsident der Liberalen** zurück. Er hatte das Amt seit 1997 inne. Am Parteitag in Montreux wählten die Delegierten den **Waadtländer Nationalrat** und bisherigen Vizepräsidenten **Claude Ruey** zu seinem Nachfolger. Ruey war zwölf Jahre lang Mitglied der Waadtländer Regierung und ist seit 1999 Nationalrat. Zur neuen Vizepräsidentin wurde die Basler Nationalrätin Christine Wirz-von Planta bestimmt, die den zurückgetretenen Basler Regierungsrat Christoph Eymann ersetzte. Ziel des neuen Präsidiums sei die Rückkehr der Liberalen in den Ständerat und die Aufstockung der Nationalratsmandate auf drei Sitze, welches unter anderem mit einem einheitlicheren Auftritt erreicht werden soll. Eine Annäherung an die SVP sei zur Zeit ausgeschlossen. Dem Wahlakt voraus ging ein "runder Tisch" zum Thema "Liberalismus und soziale Verantwortung von Unternehmen", an dem sich die LP als wirtschaftsliberale Partei positionierte, welche die Unternehmer nicht ganz aus der sozialen Verantwortung entlassen wolle.³⁶

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 31.12.2002
MAGDALENA BERNATH

Die **Abstimmungsempfehlungen** der LP für die Vorlagen im Berichtsjahr deckten sich mit jenen der FDP, mit Ausnahme des Gegenvorschlags zur Goldinitiative der SVP, zu dem die Liberalen die Nein-Parole herausgaben.

WAHLEN

DATUM: 31.12.2002
MAGDALENA BERNATH

In den Parlamentswahlen in der **Waadt** musste die LP **4 Verluste** hinnehmen und einen Regierungssitz an die SP abtreten.

PARTEICHRONIK

DATUM: 26.06.2003
MAGDALENA BERNATH

Am ihrem **Wahlkongress** in Lausanne bekräftigten die Liberalen ihre Absicht, wieder eine bedeutendere Rolle in der Bundespolitik spielen zu wollen. Ziel sei es, in den eidgenössischen Wahlen vom Herbst die 1999 verlorenen Ständeratsmandate zurückzuerobieren. Deshalb bewarben sich die Liberalen nicht nur in ihren vier Stammkantonen (VD, GE, NE, BS) für einen Sitz in der kleinen Kammer, sondern erstmals auch im Wallis. In den meisten Kantonen gingen sie zudem eine Listenverbindung mit der FDP ein. Gemäss Parteipräsident Claude Ruey (VD) sollte das Verhältnis zur FDP aber nicht über die Zweckgemeinschaft der Listenverbindung hinausgehen – eine Fusion komme nicht in Frage.³⁷

WAHLEN

DATUM: 08.07.2003
MAGDALENA BERNATH

Im Juli stellten die Liberalen in Bern ihre in Lausanne verabschiedete **Wahlplattform „Für eine Schweiz, die vorwärts kommt“** vor. Als Hauptziel nannte Parteipräsident Claude Ruey eine Steigerung des Wirtschaftswachstums von 3%. Wenn die Wirtschaftsentwicklung wieder anziehe, könne die Schweiz auch ihre Probleme im sozialen Bereich, im Gesundheitswesen und in der Bildung lösen. Zu den weiteren Leitlinien der Wahlplattform gehörten neben der Förderung von Bildung und Forschung die Redimensionierung des Staates, die Gewährleistung von Sicherheit und Lebensqualität und die Welttoffenheit (mittelfristiger Beitritt zur EU).³⁸

WAHLEN

DATUM: 08.09.2003
MAGDALENA BERNATH

Ende August führten die Liberalen in Morges (VD) ihre erste **Sommeruniversität** durch; derartige Veranstaltungen sind vor allem in Frankreich bekannt und dienen der Reflexion wichtiger gesellschaftlicher Fragen. Am Anlass der Liberalen, welcher dazu diente, den Zusammenhalt der Parteimitglieder im Wahljahr zu intensivieren, referierten bekannte Wissenschaftler über die Zukunft des Liberalismus, über die Forschung und die Altersvorsorge.³⁹

PARTEICHRONIK

DATUM: 03.11.2003
MAGDALENA BERNATH

Bei den **eidgenössischen Wahlen** verlor die Liberale Partei zwei ihrer sechs bisherigen Mandate im Nationalrat (darunter den Sitz von Christine Wirz-von Planta, BS) und büsste damit ihre Fraktionsstärke ein. Die vier liberalen Parlamentarier, welche alle aus der Romandie stammen, schlossen sich der FDP-Fraktion an; diese trug dem Zuwachs Rechnung, indem sie sich in der französischen Version in „groupe radical-liberal“ umbenannte. Erste Gespräche über eine engere Zusammenarbeit der beiden Parteien auf nationaler Ebene hatten bereits im Sommer stattgefunden; der gemeinsame Ständeratswahlkampf der beiden Präsidenten Claude Ruey (lp) und Christiane Langenberger (fdp) in der Waadt sowie die Verluste beider Parteien in den Nationalratswahlen hatten die Annäherung gefördert. Auf nationaler Ebene bilden Liberale und Freisinnige künftig eine Föderation, die kantonalen Parteistrukturen bleiben jedoch erhalten. Die Empfehlungen der LP zu den eidgenössischen Vorlagen deckten sich mit jenen der FDP, mit Ausnahme der Revision der Volksrechte, zu der die Liberalen die Nein-Parole herausgaben.⁴⁰

PARTEICHRONIK

DATUM: 19.06.2004
MAGDALENA BERNATH

Im Januar beschlossen die Liberalen in Neuenburg oppositionslos, eine **Föderation mit den Freisinnigen** einzugehen (bei den eidgenössischen Wahlen hatte die LP ihre Fraktionsstärke eingebüsst und sich der FDP-Fraktion angeschlossen). Liberale und Freisinnige bleiben eigenständige Parteien mit eigenen Statuten, wollen aber künftig gemeinsame Fachtagungen und gemeinsame Delegiertenversammlungen durchführen und sich die Kommissions- und Sekretariatsarbeit teilen. In einer von 200 Liberalen beantworteten Umfrage sprachen sich zwei Drittel für ein Bündnis mit den Freisinnigen aus, gleich viele lehnten aber eine eigentliche Fusion ab, lediglich 13% sprachen sich für diese Variante des Zusammengehens aus. Gemäss Parteipräsident Ruey bilde die Fusion der beiden Parteien auf nationaler Ebene eine langfristige Option, auf kantonaler Ebene

sei sie wenig wahrscheinlich. 69% der Liberalen hatten sich für eine Allianz mit der FDP, 14% mit der SVP und 17% für eine Dreifachallianz ausgesprochen.⁴¹

PARTEICHRONIK
DATUM: 21.06.2004
MAGDALENA BERNATH

Im Sommer zog Parteipräsident Ruey eine positive Bilanz der Zusammenarbeit mit der FDP auf eidgenössischer Ebene und sprach sich für eine **Fortführung der Kooperation** aus. Die Annäherung sei ein Mittel, die schweizerische Politik zu dynamisieren, welche heute wegen der starren Politik von SP und SVP immer mehr unter Blockaden leide.⁴²

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.09.2004
MAGDALENA BERNATH

Die **Jungliberalen** wählten in Bern den Basler Pierre-Guillaume Kopp zu ihrem neuen Präsidenten und den Genfer Blaise Alexandre Le Comte zum neuen Parteisekretär. Die beiden nehmen Einsitz in der Führung der Mutterpartei. Im September gab Kopp bekannt, dass Jungliberale und Jungfreisinnige ab dem kommenden Jahr gemeinsame Delegiertenversammlungen abhielten, um die Parolen zu den eidgenössischen Volksabstimmungen zu fassen.⁴³

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.12.2004
MAGDALENA BERNATH

Die **Parolen der LP** zu den eidgenössischen Vorlagen stimmten ausnahmslos mit jenen der FDP überein.

WAHLEN
DATUM: 31.12.2004
MAGDALENA BERNATH

In den Parlamentswahlen in **Basel-Stadt** büsst die Liberalen mit vier Sitzen einen Viertel ihrer Fraktion ein.

PARTEICHRONIK
DATUM: 06.04.2005
MAGDALENA BERNATH

Anfang April billigten die Liberalen im Beisein von FDP-Präsident Fulvio Pelli (TI) die Statuten zur **Neugründung einer Union der Freisinnigen und Liberalen (UFL)**, und zwei Monate später stimmten ihr beide Parteien an einer gemeinsamen Delegiertenversammlung in Neuenburg zu. LP-Präsident Claude Ruey (VD) betonte die Notwendigkeit, dass sich die liberalen Kräfte geschlossen der Blockierung der Politik von rechts und links entgegenstellten. Die neue Union ist als Verein konstituiert und setzt sich vorrangig zum Ziel, die Arbeit der beiden Parteien auf eidgenössischer Ebene anzugleichen und zu koordinieren sowie eine Annäherung in den Kantonen zu fördern. Geplant sind vorerst gemeinsame Abstimmungskampagnen, Fachtagungen und eine UFL-Plattform für die eidgenössischen Wahlen 2007. Geleitet wird die Union von einem zwölfköpfigen Vorstand und einer Generalversammlung, die aus den Vorstandsmitgliedern beider Parteien, den Präsidenten der Kantonalparteien und der Fraktionen sowie Vertretungen der Jungen und der Frauen besteht. Im November bestimmten LP und FDP den liberalen Genfer Grossrat Pierre Weiss zum ersten politischen Verantwortlichen der UFL. Er soll die Aktivitäten der Union koordinieren und den Weg zu allfälligen Fusionen der beiden Parteien auf kantonaler Ebene ebnen. Gemäss Weiss stehe die Fusion im Kanton Freiburg unmittelbar bevor, und im Wallis komme sie rasch voran. In Neuenburg steige ein Liberaler als UFL-Kandidat in die Ersatzwahl für den Regierungsrat. In mehreren Waadtländer Gemeinden gäbe es UFL-Listen, und auch in den Kantonen Genf und Basel-Stadt sei der Annäherungsprozess im Gang.⁴⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 03.09.2005
MAGDALENA BERNATH

Im Herbst führten Liberale und Freisinnige ihren ersten gemeinsamen Anlass, die **„Sommer-Universität“** in Morges (VD), durch. An der Veranstaltung, die durch eine offene Diskussionsrunde mit Bundesrat Couchepin abgerundet wurde, nahmen rund 200 Personen von der Basis bis zu den Parteispitzen teil.⁴⁵

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 31.12.2005
MAGDALENA BERNATH

Die **Parolen der LP** zu den eidgenössischen Vorlagen stimmten mit jenen der FDP überein.

WAHLEN

DATUM: 31.12.2005
MAGDALENA BERNATH

In den **kantonalen Parlamentswahlen** verloren die Liberalen in Neuenburg gleich 10 Mandate, während sie in Genf und im Wallis ihre Sitze halten konnten. In den **Regierungsratswahlen** musste die LP ebenfalls Verluste hinnehmen: In Genf wurde Micheline Spoerri (lp) abgewählt, und in Neuenburg gelang es den Liberalen nicht, den Sitz des zurückgetretenen Pierre Hirschy zu verteidigen. Nutzniesser waren in beiden Fällen die Grünen.

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 27.03.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Auf ihrer Versammlung im März in Yverdon (VD) beschlossen die Delegierten der LP mit 41:10 Stimmen das **Referendum der Arbeitgeber gegen die Vereinheitlichung der Kinderzulagen** zu unterstützen. Zwar befürchteten manche Delegierten, diese Haltung könnte der Partei als Familienfeindlichkeit ausgelegt werden, doch überwog die Überzeugung, die Kompetenz für die Familienpolitik müsse bei den Kantonen bleiben. Ausserdem empfahlen die Delegierten den Bildungsartikel mit 58:4 Stimmen zur Annahme.⁴⁶

PARTEICHRONIK

DATUM: 29.03.2006
MAGDALENA BERNATH

Im Frühjahr bestätigten die Liberalen **Claude Ruey als Parteipräsidenten** für weitere vier Jahre sowie Christine Wirz-von Planta (BS) und Pierre Weiss (GE) als Vizepräsidenten.⁴⁷

PARTEICHRONIK

DATUM: 20.07.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die **enge Zusammenarbeit mit der FDP** im Rahmen der freisinnig-liberalen Union fand kantonal wie kommunal nur vereinzelt ein Echo, so in Corcelles-Cormondrèche (NE), wo im März die „Union radicale-libérale“ gegründet wurde. Im Kanton Freiburg kam es zur Fusion der FDP mit der dort sehr kleinen LP zum „Parti libéral-radical“. Im Kanton Wallis, wo den Liberalen ebenfalls nur geringe Bedeutung zukommt, fand die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Parlamentsfraktion statt. Auf nationaler Ebene beschlossen die Delegierten beider Parteien im Dezember die weitere Zusammenarbeit in der seit 2003 bestehenden gemeinsamen Fraktion im Bundesparlament.⁴⁸

PARTEICHRONIK

DATUM: 08.11.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die **Libérale Partei des Kantons Genf** erlebte eine **turbulente Folge von vier Präsidenten**, nachdem die Generalversammlung der Partei im März überraschend den jungen Blaise-Alexandre Le Comte, einen Vertreter des rechten Parteiflügels, zum Nachfolger für den scheidenden Präsidenten Olivier Jornot gewählt hatte. Der in den Folgemonaten wachsende parteiinterne Widerstand gegen Le Comte führte schliesslich zum Rücktritt von 5 Vize-Präsidenten im Juni, woraufhin Le Comte sein Amt niederlegte. Nach einer erneuten Interimspräsidentschaft Jornots wurde Ende September der sozial engagierte Serge Bednarczyk zum neuen Präsidenten gewählt, nur um bereits Anfang November wieder von diesem Posten zurückzutreten. Bis zum Jahresende wurde die Partei daraufhin von einer „Troika“ aus den drei Vize-Präsidenten geleitet.⁴⁹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN

DATUM: 11.12.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die Liberalen beschlossen durchwegs die gleichen Parolen zu den eidgenössischen Abstimmungsvorlagen wie die Freisinnigen. Allerdings traten bei den **Asyl- und Ausländergesetzen** wie auch bei der FDP grosse interne Differenzen zutage. So stimmten auf der Delegiertenversammlung in Genf Parteipräsident Claude Ruey (VD) und Nationalrätin Martine Brunshawig-Graf (GE) gegen die Vorlagen, und die Delegierten sprachen sich mit nur 48:20 Stimmen zugunsten des Ausländergesetzes und mit 37:29 für das Asylgesetz aus. Auf der späteren Delegiertenversammlung in Pully (VD) entschuldigte sich Claude Ruey für die ambivalente Position, in die er sich als Parteipräsident begeben hatte, indem er sich in einem Komitee und mit Vertretern linker Parteien für die Ablehnung der Asyl- und Ausländergesetze engagiert hatte.⁵⁰

WAHLEN

DATUM: 31.12.2006
STEPHAN SCHOENHOLTZ

Die Liberalen beteiligten sich im Berichtsjahr an keinen kantonalen **Wahlen**. In der Stadt Lausanne verloren sie 5 ihrer 12 Parlamentssitze und ihr bisheriges Exekutivmandat.

PARTEICHRONIK
DATUM: 20.01.2007
SABINE HOHL

Im Januar hielt die Liberale Partei gemeinsam mit der FDP eine Veranstaltung in Genf ab, an der die beiden Parteien über die Initiative für eine Einheitskrankenkasse diskutierten. Der Präsident der Liberalen, Claude Ruey (VD), plädierte in einer Rede für eine **noch engere Zusammenarbeit der beiden Parteien**, sprach jedoch nicht von Fusion. Die Atmosphäre zwischen Freisinnigen und Liberalen an der Veranstaltung wurde in der Presse als kühl beschrieben.⁵¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 30.04.2007
SABINE HOHL

An einer Delegiertenversammlung in Neuenburg im April diskutierte die LP ihre Wahlplattform. Sie forderte darin unter anderem mehr private Krippenplätze, den Bau eines **neuen Kernkraftwerkes** und die Abschaffung der direkten Bundessteuer.⁵²

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 02.06.2007
SABINE HOHL

Anfang Juni präsentierte die LP einen **„Pacte libéral pour l’environnement“**. Dieser war in die fünf Kapitel Energie, Verkehr, Emissionen, Boden sowie Information gegliedert. Forderungen des Paktes waren unter anderem die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs und ein haushälterischer Umgang mit Energie. Neben einer verdichteten Bebauung der urbanen Gebiete verlangten die Liberalen auch eine Rehabilitation des Bauens in ländlichen Gegenden.⁵³

WAHLEN
DATUM: 25.06.2007
SABINE HOHL

Am Wahlkongress der LP in Aigle (VD) im Juni verabschiedeten die Delegierten die Wahlplattform. Der Wahlslogan der LP lautete **„Der Freiheit Flügel verleihen“**. Für die eidgenössischen Wahlen setzten sich die Liberalen zum Ziel, ihre 2003 verlorenen Sitze zurückzugewinnen.⁵⁴

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 24.09.2007
SABINE HOHL

An ihrer Delegiertenversammlung in Neuenburg im September beschlossen die Liberalen einstimmig die **Ja-Parole zur Unternehmenssteuerreform II**.⁵⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.10.2007
SABINE HOHL

Nach den Nationalratswahlen, welche den Verlust von 0,3 Prozentpunkten Wähleranteil und eine gleich bleibende Sitzzahl (4) gebracht hatten, kündigte Parteipräsident Ruey (VD) an, dass er eine **Fusion mit der FDP** anstrebe. Die beiden Parteien sollten sich nach seiner Vorstellung auf nationaler Ebene vereinen, auf kantonaler Ebene jedoch weiterhin getrennt voneinander auftreten. Ruey schlug vor, die fusionierte Partei solle einen neuen Namen erhalten. Die Liberal-demokratische Partei des Kantons Basel-Stadt, die einzige Deutschschweizer Sektion der LPS, erklärte, sie sei mit den Plänen für einen Zusammenschluss von FDP und LP nicht einverstanden.⁵⁶

PARTEICHRONIK
DATUM: 23.02.2008
SABINE HOHL

Martine Brunswig Graf (GE) wurde neue Vizepräsidentin der Fraktion von Freisinnigen und Liberalen im Bundesparlament.⁵⁷

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.02.2008
SABINE HOHL

Im Februar kündigten die Parteispitzen von LP und FDP an, dass der offizielle Beschluss zur **Fusion der beiden Parteien** am 25. Oktober fallen solle. In den vorgesehenen Statuten für eine Übergangszeit bis 2015 wurden den Liberalen eine Vertretung im Vizepräsidium und 3 von 20 Vorstandssitzen zugesichert. Zudem dürfen in denjenigen Kantonen, in denen es Liberale und Freisinnige gibt, diese vorläufig nebeneinander weiterbestehen. Allerdings sollen sie zur Zusammenarbeit verpflichtet sein.⁵⁸

PARTEICHRONIK
DATUM: 17.03.2008
SABINE HOHL

An einer Delegiertenversammlung Mitte März wurde der Genfer Soziologieprofessor **Pierre Weiss** zum neuen Präsidenten der Liberalen Partei gewählt. Er übernahm das Amt von Claude Ruey. Aufgrund der geplanten Fusion der Liberalen Partei mit den Freisinnigen war bereits bekannt, dass Weiss der letzte Präsident der Liberalen in ihrer bisherigen Form sein würde. In das Vizepräsidium wurden neben der Bisherigen Christine Wirz (BS) neu Chantal Balet (VS) und Serge Beck (VD) gewählt. Der abtretende Claude Ruey richtete einen flammenden Appell zugunsten der Fusion von Liberalen und Freisinnigen an die Partei. Die Delegierten lehnten die SVP-Einbürgerungsinitiative und die Initiative „für Volkssouveränität statt Behördenpropaganda“ ab.⁵⁹

PARTEICHRONIK
DATUM: 10.04.2008
SABINE HOHL

Im April beschlossen die Liberalen und die Freisinnigen des Kantons Neuenburg zu fusionieren. Beide Parteien haben im Kanton einen nennenswerten Wähleranteil (Liberaler bei den letzten Wahlen 14,8%, Freisinnige 12,7%). Der neue „Parti libéral-radical“ ist damit die stärkste Partei in Neuenburg.⁶⁰

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 21.04.2008
SABINE HOHL

An ihrer Versammlung Mitte April in Lausanne lehnten die Delegierten der Liberalen Partei den **Gesundheitsartikel** ab.⁶¹

POSITIONSPAPIER UND PAROLEN
DATUM: 06.09.2008
SABINE HOHL

Am 6. September hielten die Liberalen in Bern ihre **letzte eigene Delegiertenversammlung** ab. Im Gegensatz zur FDP lehnten die Delegierten der LP die Hanfinitiative mit 30 zu 2 Stimmen ab. Auch die Teilrevision des Betäubungsmittelgesetzes fand keine Zustimmung, sie wurde mit 20 zu 7 Stimmen verworfen. Unterstützung erhielt dagegen die Verbandsbeschwerdeinitiative der FDP. Die Delegierten sprachen sich weiter gegen die Unverjährbarkeitsinitiative und gegen die Initiative des SGB für eine Flexibilisierung des AHV-Alters aus.⁶²

PARTEICHRONIK
DATUM: 25.10.2008
SABINE HOHL

Am 25. Oktober stimmten die Delegierten der Liberalen in Bern der **Fusion mit den Freisinnigen** mit 49 zu 8 Stimmen bei einer Enthaltung zu. Der Fusionsvertrag soll im Februar 2009 besiegelt werden und rückwirkend auf den 1. Januar 2009 in Kraft treten. Die Delegierten aus Basel-Stadt lehnten (mit Ausnahme von Christine Wirz, die als Vizepräsidentin der LP Schweiz an der Vorbereitung der Fusion beteiligt war) die Fusion ab. Der Basler Regierungsrat Christoph Eymann (lp) bezeichnete diese als von oben aufoktroziert. Das Ziel sei bloss der Machterhalt, es gebe keine inhaltliche Zielsetzung. Die Basler Liberalen kündigten an, im Januar 2009 über den Verbleib in der neuen nationalen Partei zu befinden.⁶³

PARTEICHRONIK
DATUM: 24.05.2011
MARC BÜHLMANN

Die Fusion zwischen FDP und LPS war von den nationalen Delegierten beider Parteien im Oktober 2008 beschlossen worden. Der Fusionsvertrag sieht eine Übergangsfrist bis 2015 vor. Bis dahin sollen auch alle kantonalen Sektionen den Zusammenschluss vollzogen haben. In drei der sechs Kantone, in denen die LPS traditionell stark verankert war (FR, VS, NE) fand die Fusion noch 2008 statt (in FR bereits 2006). Im Kanton Genf heirateten die Liberalen und die Radikalen im Berichtsjahr. Die Fusion im Kanton Waadt ist für 2012 geplant. Einzig im Kanton Basel-Stadt ist die Verbindung kein Thema. Die Liberale Partei hat 2010 dort denn auch wieder ihre ursprüngliche Bezeichnung „Liberaldemokraten“ übernommen und gilt als statutarisch eigenständige und unabhängige Partei. Man habe zwar häufig gemeinsame Positionen, aber keine Lust mit einer Partei zu fusionieren, welche die SVP zuweilen rechts zu überholen versuche, gab der Baslerstädtische Regierungsrat Christoph Eymann in einem Interview zu Protokoll.⁶⁴

PARTEICHRONIK
DATUM: 05.09.2012
MARC BÜHLMANN

Im Berichtsjahr wurde mit der **Fusion** im Kanton Waadt zwischen Radicaux und Libéraux der 2008 beschlossene und seit 2009 in allen Kantonen durchgeführte Fusionsprozess zwischen der Liberalen Partei und der FDP abgeschlossen. Einzig im Kanton Basel-Stadt ist eine Fusion zwischen der Liberal-Demokratischen Partei und der FDP weiterhin kein Thema. Die LDP ist zwar seit 2009 Mitglied der FDP. Die Liberalen auf eidgenössischer Ebene, will aber auf kantonalen Ebene selbständig bleiben.⁶⁵

PARTEICHRONIK
DATUM: 04.12.2013
MARC BÜHLMANN

Die Liberale Partei besteht seit der flächendeckenden Fusion zwischen FDP und LP nur noch im Kanton Basel-Stadt unter dem Namen **Liberal-Demokratische Partei** als eigentliches Schweizer Unikum. Eine Fusion mit der FDP ist hier nicht vorgesehen. Die LDP hält in Basel-Stadt zehn Legislativsitze und ein Exekutivmandat. Die Differenz zwischen der LDP und der FDP zeigte sich etwa bei der Parolenfassung zum revidierten Raumplanungsgesetz und zum Familienartikel, zu denen die FDP jeweils ein Nein, die LDP allerdings ein Ja empfahl. Ein Vorteil gegenüber der FDP bestehe darin, dass man nicht auf nationale Befindlichkeiten Rücksicht nehmen müsse. Der LDP stehen allerdings schwierige Zeiten bevor, wird doch ihr Aushängeschild, Regierungsrat Christoph Eymann, auf die nächsten Wahlen zurücktreten.⁶⁶

- 1) JdG und NZZ vom 26.2.90 und 3.9.90.
- 2) JdG, Express und NZZ vom 10.9.90.
- 3) JdG und Express vom 13.11.90; NZZ vom 21.11.90
- 4) NZZ vom 18.2.91 und 25.3.91
- 5) Presse vom 27.5.91
- 6) Presse vom 5.7.91; 24 Heures vom 18.2.91; JdG vom 1.10.91
- 7) NZZ vom 4.5.92
- 8) Verhandl. B. vers., 1992, III S. 51
- 9) Presse vom 19.10.92; Verhandl. B. vers., 1992, V, S. 53
- 10) JdG vom 23.11.92
- 11) JdG vom 20.2.93; Presse vom 22.2.93
- 12) Presse vom 27.9.93
- 13) Parolen 1993; Presse vom 22.2., 17.5., 6.9. und 8.11.93
- 14) JdG und NZZ, 3.10.94
- 15) 24 Heures, 2.12.94
- 16) Parolen 1994
- 17) LPS (1995). Die liberalen Grundsätze für die Legislaturperiode 1995-1999; Presse vom 28.8.95
- 18) Presse vom 16.9.95; Bund, 13.10.95
- 19) TA, 24.8.95; BaZ, 9.11.95; JdG, 4.12.95; 24 Heures 6.12. und 7.12.95
- 20) JdG, 9.9.96; Verhandl. B. vers. 1996, III, S. 109.
- 21) JdG, 11.2. und 24.6.96; NZZ, 12.2.96
- 22) Presse vom 28.4.97
- 23) Presse vom 28.4.97
- 24) 24 Heures und NZZ, 11.9.97
- 25) Bund, 26.9.97
- 26) JdG und NZZ, 19.1.98
- 27) Presse vom 31.8.98; 24 Heures und LT, 26.10.98
- 28) Presse vom 18.1.99
- 29) SGT, 13.10.99; Presse vom 25.10., 30.10. und 9.11.99; BaZ, 8.11.99
- 30) Presse vom 10.11. und 6.12.99
- 31) NZZ, 2.2.00.
- 32) NZZ.. 2.5.00.
- 33) NZZ, 22.2.00; BaZ, 6.5.00.
- 34) BaZ, CdT und LT, 5.2.01 (BS: BaZ, 15.2.01; VS: NF, 15.2.01); Presse vom 27.8.01; LT, 12.7.01.
- 35) Presse vom 16.12.02.
- 36) TG, 14.5.02; NZZ, 15.5.02; Presse vom 8.6. und 10.6.02.
- 37) 24h, 14.6.03; Presse vom 16.6.03.
- 38) Presse vom 1.7.03.
- 39) LT, 30.8.03; 24h und LT, 8.9.03.
- 40) TG, 27.6.03; Presse vom 24.10. und 8.11.03. Zur ideologischen Nähe zwischen den Liberalen und der Deutschschweizer FDP siehe LT, 14.10.03; zu Differenzen zwischen den einzelnen LP-Kantonalsektionen siehe LT, 25.10. und 3.11.03.
- 41) Presse vom 26.1.04. Zu den kantonalen Unterschieden betreffend ein Zusammengehen der beiden Parteien siehe NZZ, 26.2.04; LT, 1.6.04; AZ und BaZ, 10.6.04; SGT, 16.6.04; Lib., 17.6.04; Bund, 19.6.04.
- 42) LT und NZZ, 21.6.04.
- 43) NZZ, 15.3.04; BaZ, 17.4.04; AZ, 6.9.04.
- 44) Presse vom 17.3., 11.4., 27.6. und 12.11.05; zur Entstehungsgeschichte von LP und FDP und zu den kantonalen Unterschieden siehe auch NZZ, 6.4.05.
- 45) Presse vom 3.9.05.
- 46) AZ und NZZ, 27.3.06.
- 47) NZZ, 29.3.04.
- 48) LT, 11.12. und 13.12.06. Zur Zusammenarbeit von FDP und LPS siehe BaZ, 25.3.06; NZZ, 20.7.06.
- 49) TG, 10.3.06 (Wahl von Le Comte); Krise: 24h, LT und TG, 20.-28.6.06; Wahl von Bednarczyk: LT und TG, 12.-29.9.06; Rücktritt Bednarczyk und Ende der Krise: LT und TG vom 4.-8.11.06.
- 50) TG, 26.9.06. Zur Position von Claude Ruyet siehe LT, 3.10.06; NZZ, 11.12.06.
- 51) LT, 20.1.07.
- 52) NZZ, 30.4.07.
- 53) NZZ und TG, 2.6.07.
- 54) NZZ und 24h, 25.6.07.
- 55) Exp., 24.9.07.
- 56) TA, 23.10.07.
- 57) TG, 23.2.08.
- 58) SoZ, 24.2.08.
- 59) BaZ und TA, 17.3.08.
- 60) LT, 10.4. und 11.4.08.
- 61) LT, 21.4.08.
- 62) TG und NZZ, 8.9.08.
- 63) Presse vom 27.10.08.
- 64) BaZ; 11.7.11; LT, 24.5.11 (Eymann); Lit. BFS.
- 65) 24h, 6.7.12; LT, 5.9.12.
- 66) BLZ, 29.1.13; BaZ, 30.1.13; BLZ, 2.5., 20.11. und 4.12.13.